



iran-report

Nr. 02/2006

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Gottesstaat contra Republik / Mesbah Yazdi - der Mann hinter dem Präsidenten / Ahmadinedschad im O-Ton / Parlamentarier kritisiert Regierung / Chatami: Die Revolution ist in Gefahr / Busfahrerstreik gewaltsam verhindert, Hunderte verhaftet / Iran plant Holocaust-Konferenz / Zwei Bombenanschläge in Ahwas - acht Tote und zahlreiche Verletzte / Druck auf Verlage wächst / Verbot von zwei Publikationen / Human Rights Watch zu Menschenrechten in Iran / Neue Informationen zu Akbar Gandji / Iranische Delegation soll Menschenrechte in Europa prüfen / Islamische Menschenrechtskonvention vorgeschlagen / Obdachlose in Teheraner Sammelager / Urteil gegen Donald Klein bestätigt / BBC-Internetseite gesperrt / Volksmodjahedin geben den „bewaffneten Kampf“ auf

II. Wirtschaft

Iran zieht Milliarden Dollar aus Europa ab / UBS bricht Geschäftsbeziehungen zu Iran ab / Atomkonflikt treibt Ölpreis hoch / E.ON prüft Gaslieferungen aus Iran / US-Regierung friert Guthaben von iranischen Atomfirmen ein / Irans Export in den Irak steigt / Kaufplan für 22 Flugzeuge aus China / Verbot von kohlen säurehaltigen Getränken in staatlichen Ämtern / DIHK rechnet mit Export-Einbrüchen

III. Außenpolitik

Atomstreit - Ratlosigkeit / Parlamentsabgeordnete kritisieren die Außenpolitik / Staatsbesuch in Syrien / Bald Direktflüge in die USA



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 03/2006 Anfang März) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Februar 2006

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

5. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de



I. Innenpolitik

Gottesstaat contra Republik

Die Frage, inwieweit der Gottesstaat sich den Grundsätzen einer Republik verpflichtet weiß oder besser, inwieweit die beiden Staatsformen miteinander zu vereinbaren sind, beschäftigt seit Bestehen der Islamischen Republik die Menschen im Iran. Genau betrachtet, besteht zwischen dem Islamischen Staat und der Republik ein unlösbarer Widerspruch. Denn der islamische Staat oder Gottesstaat empfängt seine Anweisungen von Gott und von seinen Vertretern auf Erden, der Geistlichkeit. Deshalb sind auch die Rechte, die die Verfassung der Islamischen Republik für das geistliche Oberhaupt (Revolutionenführer) vorsieht, nahezu uneingeschränkt. Diese Rechte sind gemeint, wenn in der Verfassung vom System des Welayat-e faghieh (Herrschaft der Geistlichkeit) gesprochen wird. Aber neben diesem System beinhaltet die Verfassung ein zweites System, das in seinen Grundsätzen einer republikanischen Staatsordnung nahe kommt: ein vom Volk gewähltes Parlament und einen vom Volk gewählten Staatspräsidenten.

Dieser unversöhnliche Widerspruch ist von Jahr zu Jahr immer weiter gereift. In der Ära Chatami spitzte sich der Widerspruch zu, als es immer deutlicher wurde, dass im Grunde die Republik nur dem Namen nach existiert, während die eigentliche Macht vom Welayat-e faghieh und den Organen des Gottesstaates ausgeübt wird. Gegen diese Macht konnten das Volk bzw. seine gewählten Vertreter, das Parlament und die Regierung, nichts ausrichten.

Jetzt hat die Diskussion über Gottesstaat und Republik einen neuen und höchst brisanten Höhepunkt erreicht. Anlass sind die sich nahenden Wahlen zur Expertenversammlung, die unter anderem dazu befugt ist, den Revolutionenführer abzusetzen und einen neuen zu wählen. Die Radikalisierung haben sich zum Ziel gesetzt, in der Expertenversammlung die absolute Mehrheit zu erringen und den Wahlkampf mit einer ideologischen Debatte über den Gottesstaat eröffnet. Zu bemerken ist, dass Ahmadinedschad und seine Anhänger seit der Bildung der Regierung das Wort Republik nicht mehr verwenden und immer nur vom „Islamischen Staat“

sprechen, was schon Anlass zur Kritik gegeben hatte.

Den eigentlichen Anstoß zu der Debatte gab der Geistliche Mesbah Yazdi, der als Ziehvater oder ideologischer Lehrmeister des Regierungschefs gilt. Mesbah Yazdi hat in den letzten Monaten in seinen Predigten und Vorträgen immer deutlicher die Meinung vertreten, dass das Wort Republik in der Bezeichnung des Staates (Islamische Republik) keine Rolle spielt und seinerzeit von Chomeini nur aus taktischen Gründen aufgenommen worden ist. Mit dieser These hat er eine Diskussion in Gang gesetzt, deren Folgen für das Schicksal der Islamischen Republik unvergleichlich bedeutender sind, als die Debatten über den Holocaust. Die Debatte um den Charakter des Staates, die leider in den westlichen Medien so gut wie gar nicht registriert wird, ist für den Demokratisierungsprozess im Iran entscheidend. Gelingt es den Radikalen die republikanischen Ansätze zu tilgen, hätte das konsequenterweise die Auflösung des Parlaments und die Abschaffung von Wahlen zur Folge. Einer Etablierung eines rein islamischen Staates, den es trotz aller Anstrengung der Islamisten bisher nie gegeben hat, würde dann nichts mehr im Weg stehen. Auf der anderen Seite würde eine solche Entwicklung die iranische Gesellschaft endgültig spalten, wobei eine islamistische Minderheit die Staatsmacht gegen die Mehrheit des Volkes verteidigen müsste. Ungeachtet des Ausgangs dieser Diskussion, die eine heiße Phase erreicht hat, hat die Debatte selbst eine enorm aufklärerische Funktion. Sie zeigt das wahre Gesicht der radikalen Islamisten, deren Absicht nichts anderes ist, als die Etablierung einer absoluten, klerikalen Diktatur. Im Folgenden eine Zusammenfassung von Yazdis Thesen:

Mesbah Yazdi - Der Mann hinter dem Präsidenten

Während seiner Predigt in einer Moschee der heiligen Stadt Ghom erklärte Yazdi: „Die Republik ist nur eine Schale, die damals bei der Gründung der Islamischen Republik in die Bezeichnung des neuen Staates aufgenommen wurde. Diese Schale ist nicht echt, sie ist bar jeden Inhalts.“ Welayat-e faghie, der geistliche Herrscher, könne dem Volk befehlen, eine bestimmte Person zum Staatspräsidenten zu wählen. Die



Wahl sei nur gültig, wenn sie von dem geistlichen Herrscher akzeptiert werde. Entscheidend sei nur sein Wille, nicht der Wille des Volkes. Chomeini habe bei der Gründung der Islamischen Republik den Begriff „Republik“ nur aus taktischen Erwägungen aufgenommen, nicht aus Überzeugung.

„Die islamische Revolution war ein Wunder, das durch die Person Chomeinis vollbracht wurde“, sagte Yazdi. Diese Tatsache müsse der Jugend gesagt werden, damit sie nicht dem Irrtum verfällt, die Revolution sei durch nationalistische Strömungen zustande gekommen. Eine solche Behauptung würde das Wunder leugnen, das Gott durch Chomeini vollbracht habe.

„Ursprünglich hieß die Parole der Revolution: ‚Unabhängigkeit, Freiheit, Islamische Republik‘. Aber im Grunde ging es um eine islamische Staatsordnung“, sagte Yazdi. Diese Staatsordnung sei vollkommen, sie beinhalte die Unabhängigkeit und die höchst mögliche Freiheit. Alle anderen Begriffe würden den Anschein erwecken, als gebe es neben der islamischen Staatsordnung noch andere anzustrebende Ziele oder als sei die islamische Staatsordnung nicht vollkommen genug und müsse durch andere Ziele ergänzt werden. Eine solche Einstellung wäre eine Beleidigung des Willen Gottes und eine Beleidigung Chomeinis, der den Willen Gottes ausgeführt habe. „Nein, es gibt nichts anderes als den islamischen Staat“, sagte Yazdi. „Als Individuen sind wir bestrebt mit unseren Taten Gott zu dienen, und als Mitglieder der Gesellschaft wollen wir die islamische Staatsordnung.“

„Manche Leute, die von einer verderblichen (westlichen) Kultur beeinflusst worden sind, sprechen von zwei sich ergänzenden Systemen“, sagte Yazdi. „Andere sind noch dreister und sagen, sollten die beiden Systeme einander widersprechen, müssen wir der Republik den Vorzug geben. Diese Leute haben von Islam keine Ahnung.“ Chomeini habe den Begriff „Republik“ nur aufgenommen, um die Monarchie zu negieren. Eine Republik, das heißt eine westliche Staatsordnung, in der Demokratie herrscht und alles nach Lust und Laune des Volkes bestimmt wird, habe Chomeini niemals gewollt. „Freiheit heißt für uns, Freiheit von jenen Mächten, die uns unterdrücken wollen, nicht Freiheit vom Willen Gottes, vom Glauben und der Vernunft“, sagte Yaz-

di. „Für uns gibt es ein einziges Ziel: das ist der Islam.“

Ahmadinedschad im O-Ton

Eigentlich sollte in der gemeinsamen Sitzung der Regierung mit dem Parlament Mitte Januar über den neuen Haushalt debattiert werden. Aber Regierungschef Ahmadinedschad lenkte mit seinen Äußerungen das Gespräch auf die Außenpolitik. Im Folgenden zitieren wir einige Passagen aus seiner Rede:

Seine Regierung habe, so Ahmadinedschad, dem Generaldirektor der Internationalen Atombehörde (IAEA), El Baradei, mitgeteilt, dass Iran die Atomforschung wieder aufnehmen werde. Er fuhr fort: „Für die Atomforschung gibt es keinerlei Einschränkungen. Wir haben unsere diplomatischen Aktivitäten stark auf den Atomkonflikt konzentriert und Sie werden bald sehen, dass wir damit große Erfolge erzielen werden. Die Vorgängerregierungen haben sich in dieser Frage sehr großzügig verhalten. Das Ergebnis waren grenzenlose Forderungen an uns. Wir werden jetzt eine aktive Politik verfolgen. Wir kennen unsere eigenen Fähigkeiten, ebenso gut kennen wir die internationale Lage. Jene Länder, die geheime Gefangenenlager eingerichtet haben, werfen Iran Missachtung von Menschenrechten vor, einem Land, in dem ein Teil der Staatsführung und tausende seiner Bürger von Terroristen getötet wurden. Diese Terroristen genießen heute in jenen Ländern Schutz, die die Einhaltung der Menschenrechte für sich in Anspruch nehmen.“ (Gemeint sind die Mitglieder der Volksmodjahedin, die sich zum Teil in Europa und den USA aufhalten. Die Organisation hatte für zahlreiche Attentate im Iran die Verantwortung übernommen.)

Ahmadinedschad fährt fort: „Jene Staaten, die unseren Feind (gemeint ist Irak unter Saddam Hussein) mit chemischen Waffen ausgerüstet und dessen Verbrechen jubelnd begrüßt haben, spielen sich heute als Verteidiger der Menschenrechte auf. Das wird ihnen kein frei denkender Mensch abnehmen. Jene Länder, die die Verbrechen der Zionisten gegen das unschuldige palästinensische Volk unterstützen, müssten heute als Angeklagte vor Gericht stehen.“

„Wir haben im Bezug auf Palästina nur eine einzige Frage gestellt und Sie



haben gesehen, wie heftig diese Unterdrückerländer darauf reagiert haben. Wenn in unserem Land einer, der rechtmäßig verurteilt ist, im Gefängnis seine Strafe absitzt (gemeint ist Akbar Gandji), wird uns mit viel Geschrei und Getöse die Verletzung der Menschenrechte vorgeworfen. Aber wir sollen über alle Verbrechen, die am palästinensischen Volk verübt werden, schweigen."

An den Westen gerichtet, sagte Ahmadi-nedschad: „Wenn Holocaust wahr ist, müsst ihr dafür büßen. Euer Anspruch auf ein Vetorecht in internationalen Gremien, das ihr gegen uns einsetzt, ist nicht legitim. Ihr habt unzählige Verbrechen begangen. Deshalb werdet ihr niemals in der Lage sein, für Gerechtigkeit in der Welt einzutreten. Es wird gesagt, dass (die Gründung des Staates Israel) von der UNO beschlossen worden ist. Wie kann die UNO einen Beschluss fassen, der die Vertreibung eines ganzen Volkes zur Folge hat? Ihr praktiziert doch zurzeit den Holocaust in Palästina. Je mehr ihr schreit, desto mehr stellt ihr euch selbst in Frage."

„Unser Vorschlag ist klar formuliert. Es muss gestattet werden, dass ganz Palästina in einer Volksbefragung über die Zukunft des Landes entscheidet. Statt einer vernünftigen Antwort bekommen wir ein Geschrei zu hören. Ihr könnt so viel schreien, wie ihr wollt. Wir werden uns nicht einschüchtern lassen und immer weiter nachhaken."

Zu dem Atomkonflikt sagte Ahmadinedschad: „Sie (Europa und USA) sagen, sie hätten den Verdacht, dass wir den Bau von Atombomben planen. Wir dagegen haben keinen Verdacht, sondern sind sicher, dass ihr Atombomben und Massenvernichtungswaffen besitzt und damit andere Länder bedroht. Daher habt ihr kein Recht, andere Länder zu kontrollieren. Wir haben oft genug betont, dass wir keine Nuklearwaffen brauchen. Kann ein freies Volk soviel Misstrauen und Kontrollen hinnehmen? Jetzt sollen wir überhaupt keine Rechte haben, nicht einmal das Recht der Forschung. Vielleicht werden sie demnächst von uns verlangen, dass wir auch unsere Universitäten schließen. Das zeigt, dass sie unser Volk, unsere Regierung und unser Parlament nicht kennen. Wir betrachten die friedliche Anwendung der Atomenergie als unser legitimes und unantastbares Recht und

dieses Recht werden wir mit Klugheit durchsetzen."

Parlamentarier kritisiert Regierung

Der Abgeordnete Akbat Alami, der im islamischen Parlament der Minderheitenfraktion angehört, kritisierte die Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik der Regierung Ahmadinedschad. Die Regierung solle sich dem Aufbau des Landes und grundsätzlichen Problemen widmen, anstatt sich mit „Nebensächlichkeiten" und „oberflächlichen und populistischen Parolen" zu beschäftigen. „Die übertriebene Neigung Ahmadinedschads, für sich selbst zu werben, sich selbst mit einem Heiligenschein zu umgeben und seine irdischen Aktivitäten und die seiner Regierung als Ausführung himmlischer Anweisungen darzustellen, verstärken den Eindruck, als gehe es den Präsidenten nur darum, seine Person in den Mittelpunkt zu stellen und sich als auserwählt zu präsentieren", sagte Alami.

Obwohl der Präsident davon Kenntnis haben müsste, dass die Staatskasse unter großem Defizit leide und der Staat nicht einmal in der Lage sei, notwendige und bereits beschlossene Aufbauprojekte zu finanzieren, reise er durch die Provinzen und gebe Versprechungen ab, die nur „eine emotionale Antwort auf reale Bedürfnisse und Nöte der Menschen sind", fuhr Alami fort.

Zu der Außenpolitik der Regierung Ahmadinedschad zitierte Alami Konfuzius: „Wer nicht weitsichtig ist, gerät in die nächste Falle". Seit zehn Jahren bemühe sich Iran, um aus der Isolation herauszukommen, Konfrontationen durch Verhandlungen und Kompromisse zu ersetzen und Drohungen in Chance zu verwandeln, sagte Alami. „Wir haben, um unser Recht zur Nutzung der Atomenergie zu erlangen, die Tore unseres Landes geöffnet, die Verletzung unserer nationalen Souveränität in Kauf genommen und Inspektoren hereingelassen. Wir wollten der Welt beweisen, dass wir nur friedliche Absichten im Sinn haben. Wir haben auch versucht, zu unseren arabischen Nachbarn freundschaftliche Beziehungen zu knüpfen, obwohl manche von ihnen sich feindlich über uns geäußert haben."

Wenn man die Ergebnisse der außenpolitischen Stellungnahmen und Aktivitäten der Regierung betrachte, müsse man daran zweifeln, ob diese tatsächlich



den Interessen des Landes und dem Wohl des Volkes dienlich waren, sagte Alami. Er zählte einige Resultate der jüngsten iranischen Außenpolitik auf:

- Von dieser Politik habe in erster Linie Israel profitiert. Die ganze Welt fühle sich nun verpflichtet, Israel finanziell, materiell, militärisch und politisch zu unterstützen. Israel sei es gelungen, dank der iranischen Außenpolitik, die Frage seiner Sicherheit in den Mittelpunkt internationaler Aufmerksamkeit zu rücken.
- Die iranische Außenpolitik sei von mehreren Staaten und zahlreichen Organisationen und Verbänden in aller Welt verurteilt worden.
- Die Befürworter von Sanktionen gegen Iran hätten stark zugenommen.
- Iranische Botschafter in vielen Ländern seien von den Regierungen einbestellt worden.
- Die angekündigte Rede des iranischen Parlamentspräsidenten in der russischen Duma und ein Treffen mit Präsident Putin seien abgesagt worden.
- Iran werde in der öffentlichen Meinung als Kriegstreiber dargestellt.

Alami kam noch einmal auf die Innenpolitik zu sprechen. Die häufigen Besuche Ahmadinedschads bei Ayatollah Mesbah Yazdi verstärkten den Verdacht, der Regierungschef stehe ideologisch unter starkem Einfluss des Geistlichen und sei dabei, dessen Auslegung vom Islam in die Praxis umzusetzen. Er, Alami, möchte darauf aufmerksam machen, dass die Staatsordnung der Islamischen Republik Iran aus den drei unabhängigen Gewalten Exekutive, Legislative und Judikative bestehe, die unter der Führung der Revolutionsführers ihre Pflichten erfüllen. Die Regierung habe gemäß der Verfassung die Pflicht, sich an die Anweisungen des Revolutionsführers zu halten und sich nach den Beschlüssen des Parlaments zu richten. Daher sei jede Einmischung von Personen wie Mesbah Yazdi in die Angelegenheiten der Regierung unerlaubt und verfassungswidrig.

Zum Schluss seines Redebeitrags warnte Alami vor der Fortsetzung der eingeschlagenen Politik, die das Land in noch tiefere Krisen stürzen könnte. „Ich rufe die Regierung auf, endlich auf oberflächliche, populistische Pa- rolen zu verzichten und sich unter der Aufsicht des Parlaments und bei Ein-

haltung der Verfassung und der Gesetze grundsätzlichen Problemen der Politik und Wirtschaft zu widmen“, so Alami.

Chatami: die Revolution ist in Gefahr

Der ehemalige Staatspräsident Mohammad Chatami äußerte sich vor einer Versammlung von Reformern besorgt über die Zukunft der islamischen Revolution. Er habe die Befürchtung, dass die Monopolisierung der Macht durch eine bestimmte Fraktion die Islamische Republik in große Gefahr bringen könnte. Bei dieser Fraktion handele es sich um eine Gruppe, „die weder den Revolutionsführer noch die Verfassung“ akzeptiere.

Chatami nannte keine Namen, aber jeder wusste, dass damit die Radikal-Islamisten wie Ahmadinedschad und dessen Ziehvater Mesbah Yazdi gemeint waren. (Über die ideologischen Positionen von Mesbah Yazdi siehe Seite 3ff)

Busfahrerstreik gewaltsam verhindert, Hunderte verhaftet

Bei dem Streik der Busfahrer in Teheran am 28. Januar gingen Uniformierte und Zivile gewaltsam gegen Demonstranten vor, hunderte Streikteilnehmer wurden festgenommen. Wie aus Teheran berichtet wird, haben Polizei und Zivilbeamte bereits am frühen Morgen streikverdächtige Busfahrer in ihren Wohnungen aufgesucht, die Wohnungen demoliert und Verdächtige festgenommen. Auf den Straßen verschiedener Stadtbezirke wurden demonstrierende Busfahrer brutal niedergeschlagen. Unter den Festgenommenen befanden sich auch Frauen und führende Gewerkschaftsmitglieder.

Um den Busverkehr wieder in Gang zu setzen, wurden Soldaten und Revolutionswächter als Fahrer eingesetzt. In den meisten Bussen wurden die Passagiere von zwei mitfahrenden Revolutionswächtern kontrolliert.

Bereits im Dezember hatte die Gewerkschaft der Teheraner Busfahrer, die rund 20.000 Busfahrer der Hauptstadt vertritt, eine Demonstration u. a. für eine bessere Besoldung, Kranken- und Lebensversicherung veranstaltet. Auch damals war es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen. Dabei wurde der gesamte Gewerkschaftsvorstand festgenommen. Die Stadtregierung versprach,



sich um die Belange der Busfahrer zu kümmern, und die Festgenommenen wurden bis auf das Vorstandsmitglied Ossanlu, der bis heute im Gefängnis sitzt, nach und nach frei gelassen. Doch es blieb bei dem Versprechen. Die Lage der Busfahrer änderte sich nicht.

Mit ihrem Streik am 28. Januar wollten die Busfahrer ihren Forderungen Nachdruck verleihen. Die Gewerkschaft verurteilte in einem offenen Brief das brutale Vorgehen gegen die Demonstranten und bat die Bevölkerung und alle Gewerkschaften im In- und Ausland um Unterstützung.

Iran plant Holocaust-Konferenz

Nach Angaben des iranischen Außenministeriums plant die Regierung eine Holocaust-Konferenz. „Das iranische Außenministerium hat entschieden, eine Konferenz über den Holocaust abzuhalten, um dessen Ausmaß wissenschaftlich zu bewerten und seine Konsequenzen zu diskutieren“, sagte Ministeriumssprecher Hamidreza Assefi. Ort und das genaue Datum der Konferenz wurde nicht bekannt gegeben. Es gebe unbeantwortete Fragen zum Völkermord, auf die die Europäer eine Antwort geben müssten.

Die Konferenz gilt als Reaktion auf die Empörung, die die Attacken Ahmadinedschads gegen Israel weltweit ausgelöst hatten. Mehr als ein halbes Jahrhundert hätten diejenigen, die den Holocaust beweisen wollten, jedes Podium benutzt, um ihre Position zu verteidigen, erklärte Assefi. „Jetzt sollten sie einmal anderen zuhören“.

„Wir wollen eine freie und demokratische Plattform für Historiker bieten, die den Holocaust-Mythos vertieft untersuchen“, sagte ein Sprecher des „Verbands muslimischer Journalisten“. Er wies auf die in verschiedenen Ländern Europas bestehenden Gesetze gegen Holocaust-Leugnung und bezeichnete diese als Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Zu der Konferenz sollen, wie aus Teheran verlautet, sowohl Vertreter der hergebrachten Sicht als auch jene eingeladen werden, die den Holocaust in Frage stellen. Zu ihnen gehören u. a. Horst Mahler aus Deutschland, Robert Faurisson aus Frankreich und der russischstämmige Israeli Israel Shamir.

Indes haben mehrere deutsche Politiker gefordert, die Teilnahme deutscher Neonazis an der Konferenz zu verhindern. „Eine von der iranischen Staatsmacht veranstaltete Konferenz der Holocaust-Leugner mit deutscher Beteiligung wäre eine Schande für Deutschland“, sagte FDP-Generalsekretär Dirk Niebel. „Wie gefährlichen Hooligans muss Personen wie Horst Mahler die Ausreise nach Teheran verboten werden.“

Am 25. Januar erklärte der bayerische Innenminister Günther Beckstein, er wolle Neonazis, die an der Konferenz teilnehmen wollen, den Reisepass vorläufig entziehen lassen. Dies sei rechtlich möglich. Beckstein forderte die Bundesregierung auf, dies auch förmlich zu erklären. „Dann haben wir eine bessere Chance, das gerichtsfest zu machen“.

Teheran scheint an der Aufregung der Europäer Gefallen zu finden und legt deshalb immer weitere Holzstücke ins Feuer. Außenminister Manuchehr Mottaki erklärte am 25. Januar: „Wir sind bereit, unabhängige Studententeams nach Europa zu entsenden, die nicht auf der Seite der Täter und nicht auf der Seite des zionistischen Regimes (in Israel) stehen.“ Mit dieser Ankündigung reagierte Mottaki offenbar auf eine Äußerung des britischen Premierministers Tony Blair, der den Konferenzplan als „schockierend, lächerlich und dumm“ bezeichnet und Ahmadinedschad aufgefordert hatte, sich einmal die Stätten des Holocaust anzusehen. Im Gegenzug lud Ahmadinedschad Blair ein, an der Konferenz teilzunehmen.

Fraglich bleibt, ob es nicht klüger gewesen wäre, wenn Politiker und Medien in Europa die Attacken aus Teheran einfach ignoriert hätten, genauso wie sie es in den letzten 26 Jahren getan haben. Dann hätten Ahmadinedschad und seine Kampfgefährten nicht immer wieder nachgesetzt und sie wären vermutlich auch nicht auf den Gedanken gekommen, eine Konferenz zu veranstalten oder eine „Forscherguppe“ nach Europa zu schicken. Und gesetzt den Fall, sie hätten doch eine Konferenz veranstaltet, hätte kein Hahn danach gekräht, nicht einmal in Iran, wo die Menschen von solchen Parolen, die sie seit 26 Jahren hören, genug haben. Eine bessere Werbung für die Radikal-Islamisten als die heftige Reaktion der Europäer hätte Ahmadinedschad sich nicht träumen lassen. Man sollte nicht



vergessen, dass Ahmadinedschad ein Populist und ein Demagoge ist und solche Menschen sind glücklich, wenn sie Schlagzeilen machen, auch wenn es negative sind. Vergessen sollte man auch nicht: Je heftiger die Anfeindungen aus dem Westen, desto größer die Chance für Ahmadinedschad, bei den Massen in der islamischen Welt als Held gefeiert zu werden.

Zwei Bombenanschläge in Ahwas - acht Tote und zahlreiche Verletzte

Am 24. Januar detonierten kurz nach zehn Uhr in der südiranischen Stadt Ahwas gleichzeitig zwei Bomben: eine in der Saman Bank und eine im Hauptamt für Bodenschätze der Provinz Chusistan. Beiden Gebäude wurden fast vollständig zerstört. Nach Angaben der Polizei kamen dabei acht Menschen ums Leben. Die Zahl der Verletzten wurde mit 46 angegeben. Wie der Direktor der Saman Bank berichtete, sollen sich zur Zeit der Explosion rund sechzig Menschen in der Bank aufgehalten haben.

Der Anschlag vom 24. Januar ist nicht der erste in der ölreichen Provinz Chusistan, die vorwiegend von arabischsprachenden Iranern bewohnt wird. Seit Jahren werden hier Anschläge verübt, hinter denen man arabische Separatisten oder auch ausländische Mächte vermutet. Im vergangenen Jahr waren bei Bombenanschlägen im Juni sieben und im Oktober vier Menschen getötet worden.

Der Umstand, dass Staatspräsident Ahmadinedschad seinen für denselben Tag angekündigten Besuch in Ahwas abgesagt hatte, gab Anlass zu Spekulationen. Er habe den Besuch wegen schlechten Wetters auf später verschoben, hieß es offiziell. Dazu meinte der Parlamentsabgeordnete Mollah Howeseh, der aus Chusistan stammt, die Absage des Besuchs sei nicht wegen des schlechten Wetters, sondern „aus Gründen der Sicherheit“ erfolgt. Er sei zunächst über die Absage verwundert gewesen, aber nach den Anschlägen habe er verstanden, warum der Staatspräsident seine Reise verschoben habe, sagte der Abgeordnete.

Bisher hat noch niemand die Verantwortung für die Anschläge übernommen. Der Kommandeur der Stadt Ahwas, Mohammad Djafar Sarahi, erklärte, es seien dieselben Gruppen gewesen, die auch im vergangenen Jahr die Anschläge verübt

hätten. Innenminister Mostafa Purmohammadi wurde deutlicher: „Die Anschläge sind von jenseits der Grenze dirigiert worden.“ Dieser Vorwurf ging an die Adresse der britischen Besatzer im Irak. „Unmittelbar nach dem Anschlag setzte sich ihre Propagandamaschine in Bewegung“, sagte der Minister. „Das zeigt, dass sie über den Anschlag informiert waren.“

Am Tag nach den Bombenexplosionen machte die iranische Regierung offiziell Großbritannien für die Anschläge verantwortlich. Britische Soldaten im Irak hätten die Attentäter ausgerüstet und gesteuert, sagte Irans Außenminister Manuchehr Mottaki. London wies die Vorwürfe umgehend zurück. Ein Sprecher des Außenministeriums sagte: „Jede Verbindung zwischen der Regierung Ihrer Majestät und diesen terroristischen Angriffen entbehrt jeglicher Grundlage.“

Wie ein Regierungssprecher mitteilte, ordnete Präsident Ahmadinedschad Ermittlungen zu der Tat an, die von unbekannten „internationalen Terroristen“ begangen worden sei. Geheimdienst- und Außenministerium sollen untersuchen, ob das Ausland „seine Finger im Spiel“ habe.

Der Verdacht der iranischen Regierung ist nicht ganz abwegig. Der Umstand, dass die Bevölkerung Irans aus verschiedenen Ethnien, wie Araber, Kurden, Belutschen, Turkmenen und Azaris besteht und innerhalb dieser Ethnien auch Autonomiebewegungen bzw. separatistische Strömungen existieren, lieferte Außenmächten, vor allem Briten, eine Möglichkeit, durch diese Ethnien gegen die Zentralregierung Unruhe zu stiften und sie zu schwächen. In den letzten Jahren haben sich diese Unruhen in verschiedenen Teilen des Landes verstärkt. Es wird angenommen, dass diese Unruhen zumindest zum Teil von außen gesteuert werden.

An der Beerdigung der Opfer am 26. Januar in der Stadt Ahwas nahmen mehrere Tausend Menschen teil. „Tod Großbritannien“, skandierten die Trauenden.

Druck auf Verlage wächst

Die Befürchtung, dass die Regierung Ahmadinedschad die Freiheit der Autoren und Verleger zunehmend einschränken und die wenigen Errungenschaften aus der Ära Chatami wieder rückgängig



machen werde, hat sich längst bestätigt. Das Kultusministerium hat die bis vor kurzem gängigen finanziellen Unterstützungen für Verlage und Autoren zum größten Teil eingestellt und die Erteilung der Druckerlaubnis durch die Zensurbehörde spürbar erschwert. Zum Beispiel kaufte die Regierung bisher von jedem neu erschienenen Buch eine größere Zahl von Exemplaren für sämtliche Bibliotheken und andere zuständige staatliche Einrichtungen. Dieser Kauf war für die Verleger eine große Hilfe, denn damit war der Absatz eines Teils der Auflage gesichert. Zudem bedeutete die Verbreitung durch den Staat eine Werbung, die den weiteren Absatz begünstigte. Diese Hilfeleistung der Regierung wurde nun eingestellt.

Ferner gewährte bislang die staatliche Wohlfahrtsbank Verlegern günstige Kredite. Dadurch hatten die Verleger die Möglichkeit, langfristig zu planen. Auch diese Hilfeleistung wurde gestoppt.

Schließlich sind die Kontrollen durch die Zensurbehörde verschärft worden. Neubesetzungen in der Behörde mit Angestellten, deren Sachkenntnis völlig ungenügend ist, haben dazu geführt, dass Manuskripte unter belanglosen Vorwänden abgelehnt werden. Auch die Zeit von der Abgabe des Manuskripts bis zur Erteilung der Erlaubnis hat sich um Monate verlängert. Den Schaden tragen Verleger und Autoren.

Verleger, die der Regierung politisch nicht genehm sind, erhalten nicht ausreichend Papier, während regierungsnaher Verlage diesbezüglich keine Probleme haben.

Verbot von zwei Publikationen

Die Regierung hat ohne Begründung Anfang Januar eine Tageszeitung und eine Zeitschrift verboten. Das teilte die von dem Verbot betroffene Zeitung „Asia“ mit. Die Zeitung sei von dem Druckverbot telefonisch unterrichtet worden, sagte Nawid Djamschidi, der Sohn von Asia-Chefredakteur Iradj Djamschidi. „Wir wissen nicht, weshalb die Zeitung verboten wurde“, sagte er. Bei der ebenfalls mit Erscheinungsverbot belegten Zeitschrift handelt es sich um das Frauen-Magazin „Nur-e Banowan“.

Human Rights Watch zu Menschenrechten

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch stellt in ihrem Jahresbericht 2005 eine Zunahme der Missachtung der Menschenrechte, insbesondere die Einschränkung der Meinungsfreiheit in Iran fest.

Folter und lange Einzelhaft der Regimekritiker hätten durch die Existenz von „Parallelorganisationen“ zugenommen. Gemeint sind Geheimdienste, die auch außerhalb des offiziellen Geheimdienstes existieren. Zum Beispiel hat die Justiz einen eigenen Geheimdienst, ebenso das Amt des Revolutionsführers.

Human Rights Watch berichtet, dass der Druck auf die Presse durch Verbote von Zeitungen und die Inhaftierung von Reportern und Journalisten inzwischen zur systematischen Missachtung der Meinungsäußerung und Pressefreiheit geführt haben, soweit, dass es „heute nur noch wenige unanhängige Zeitungen im Iran gibt“. Selbst diese Zeitungen würden versuchen, durch eine zunehmende Selbstzensur der Gefahr eines Verbots zu entgehen.

„Viele Autoren und Intellektuelle haben bereits das Land verlassen. Andere befinden sich entweder im Gefängnis oder unterlassen jede Kritik“, schreibt Human Rights Watch. Staatliche Organe haben im Jahr 2005 auch die Verfolgung von Internet-Betreibern und Webloggern verstärkt. Die Justiz habe bereits im Jahr 2004 vom September bis November mehr als zwanzig Weblogger und Internetjournalisten ins Gefängnis gesteckt, gefoltert und für längere Zeit durch Einzelhaft isoliert.

Human Rights Watch zufolge werden bei iranischen Gerichten erzwungene Geständnisse und Selbstbezeichnungen der Angeklagten, die durch Videoaufnahmen dokumentiert werden, als Beweise anerkannt. Gefangenen in Einzelhaft wird der Kontakt zu ihrem Anwalt verwehrt. Sie sind der Willkür der Untersuchungsbeamten und Gefängniswärter ausgesetzt und haben keinerlei Möglichkeit, um sich zu wehren.

Die iranische Justiz habe im Juli 2005 in einem internen Papier eklatante Menschenrechtsverletzungen wie Folter, widerrechtliche Inhaftierungen und unerlaubte Untersuchungsmethoden bestätigt, berichtet Human Rights Watch. Dennoch seien weder irgendwelche Maßnahmen dagegen eingeleitet, noch sei



jemand für den Machtmissbrauch zur Verantwortung gezogen worden.

Dem Bericht zufolge werden unter anderem auch Verteidiger der Menschenrechte und Anwälte von Dissidenten verfolgt. „Damit sollte verhindert werden, dass Missachtungen der Menschenrechte im Iran öffentlich gemacht werden“, schreibt der Bericht. Im Januar 2005 sei die Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi ohne Nennung von Gründen von der Justiz vorgeladen worden. Doch Ebadi weigerte sich der Vorladung Folge zu leisten. Nach internationalen Protesten habe die Justiz die Vorladung zurückgenommen. Im Juli 2005 sei Ebadi mit einer Gefängnisstrafe bedroht worden, nachdem sie einige eklatante Fälle bekannt gemacht hatte. Am 30. Juli sei der Anwalt und Mitglied des Verbands zur Verteidigung der Menschenrechte Abdolfattah Soltani ohne Begründung in Haft genommen worden. Dies sei geschehen, nachdem er gemeinsam mit Ebadi gegen das Vorgehen der Justiz im Fall der während der Untersuchungshaft ermordeten iranisch-kanadischen Reporterin Zahra Kazemi protestiert hatte.

Human Rights Watch wirft der EU vor, sich im Jahr 2005 auf den Atomkonflikt konzentriert und die Lage der Menschenrechte im Iran als zweitrangig behandelt zu haben. Schließlich wird in dem Bericht der Fall des Journalisten Gandji erwähnt, bei dem es trotz weltweiter Proteste nicht gelingen konnte, Iran zum Nachgeben zu bewegen.

Neue Informationen über Akbar Gandji

Die Frau des Journalisten Akbar Gandji, der sich seit fünf Jahren im Gefängnis befindet, berichtete am 21. Januar nach einem Besuch bei ihrem Mann, sein Gesundheitszustand sei genauso schlecht, wie bei ihrem letzten Besuch vor einem Monat. „Er wiegt 50 Kilogramm, das Gesicht sah blass und mitgenommen aus“, schreibt sie in einem Brief an die Presse. Er sei in der Geheimdienstabteilung der Organisation der Revolutionswächter in einer Einzelzelle untergebracht. Sein Blutdruck sei sehr niedrig gewesen. „Er besteht nur noch aus Haut und Knochen“, schreibt Masumeh Schafii. Gandji habe ihr berichtet, dass sich Toilette und Waschbecken im Hof befinden. Die Wasserröhren seien bis auf wenige Stunden Tag und Nacht zugefroren. Er bekomme kaum Medikamente und ausreichende Nah-

rung. Selbst die jedem Gefangenen zustehende Nahrungsration werde ihm oft verweigert. Die Ärzte hätten ihm starke Schmerzen am Rücken und den Knien bescheinigt, doch die von ihnen angeordneten Maßnahmen würden nicht befolgt.

„Seit 140 Tagen hält Gandji die unerträglichen Haftbedingungen bei der Organisation der Revolutionswächter aus, seit 2098 Tagen befindet er sich in Haft“, schreibt Schafii. In zwei Monaten seien die sechs Jahre Gefängnis, zu denen Gandji verurteilt worden sei, zu Ende. Doch man gönne ihm nicht, dass er die restliche Zeit in einem normalen Gefängnis verbringt. Man wolle ihn bis zum letzten Tag quälen.

Iranische Delegation soll Menschenrechte in Europa prüfen / Islamische Menschenrechtskonvention vorgeschlagen

Irans Staatspräsident Mahmud Ahmadi-nedschad hat auf die immer lauter werdende Kritik an der Missachtung der Menschenrechte in seinem Land mit einem Gegenvorschlag reagiert: eine iranische Delegation werde nach Europa entsandt, um die Lage der Menschenrechte zu untersuchen. „Wir werden eine Delegation nach Europa schicken, die über das Recht der Freiheit der Meinungsäußerung, über die Lage in den Gefängnissen und über die Rechte der Frauen und Kinder in Europa einen Bericht vorlegen wird“, sagte Irans Staatschef laut der Nachrichtenagentur IRNA auf die Frage nach der Nützlichkeit eines Dialogs mit Europa. Auch die Europäer sollte dasselbe tun. Dann könne man die beiden Berichte einander gegenüberstellen und das Urteil darüber der Öffentlichkeit überlassen.

Er habe nichts dagegen, erklärte Ahmadi-nedschad, wenn Intellektuelle aus Europa und den islamischen Ländern einen Dialog über Menschenrechte führen. Das setze aber voraus, dass die konkreten Berichte und der Dialog darüber „unzensuriert in den europäischen Medien veröffentlicht“ werden. Ob diese Forderung auch für die iranischen Medien gelten würde, sagte Ahmadi-nedschad nicht.

Er selbst habe über die Menschenrechte keine persönliche Meinung und er habe auch auf diesem Gebiet nichts Neues erfunden. „Unsere Position geht aus unserem Glauben hervor und aus diesem Grund sind Menschenrechte für uns



nicht ein Mittel der Propaganda, sie sind heilig", sagte Ahmadinedschad.

Zu seinen Äußerungen gegen Israel, die überall in der Welt Empörung ausgelöst hatten, sagte er: „Über den Holocaust gibt es zwei Sichtweisen, eine offizielle und eine inoffizielle.“ Die Frage sei jedoch niemals Gegenstand einer freien Diskussion gewesen. „Der Holocaust bildet eine rote Linie, die nicht überschritten werden darf. Er ist ein Mythos.“ Außerdem sei es nicht einsichtig, warum nicht die Europäer, sondern die Palästinenser „für das Verbrechen büßen müssen, das in Europa begangen wurde“.

Bereits zuvor hatte Mohammad Dehghan, Mitglied des Rechtsausschusses im islamischen Parlament vorgeschlagen, für die gesamte islamische Welt eine islamische Konvention der Menschenrechte zu erstellen. „Angesichts der Existenz von 1,4 Milliarden Muslime und in Anbetracht der hohen Zivilisation und Kultur des Islam sowie ausgehend von der Tatsache, dass sich die Auffassung von Menschenrechten im Islam von der im Westen grundsätzlich unterscheidet, ist es notwendig geworden, eine islamische Konvention der Menschenrechte zu erstellen“, sagte Dehghan. „Heute dürsten die Völker nach geistigen Werten. Wir stellen auch fest, dass die Neigung zum Islam ständig wächst. Eine islamische Konvention der Menschenrechte kann eine engere Bindung zwischen den Muslimen herstellen und für die gesamte Menschheit ein Vorbild für Liebe zu Gott und für Gerechtigkeit unter den Menschen darstellen.“

Ohne Zweifel werden solche populistischen Vorschläge und die Verbalattacken gegen Israel und den Westen von den breiten Massen sowohl im Iran als auch in der islamisch-arabischen Welt mit Begeisterung aufgenommen werden. Ebenso klar ist aber, dass der islamische Gottesstaat Iran, in dem die Menschenrechte permanent verletzt werden, niemals zu einem ernsthaften Dialog bereit wäre.

Obdachlose in Teheraner Sammellager

Wie der Leiter des Sozialamts im Teheraner Rathaus, Mohsen Fardin, berichtete, wurden von Januar bis September 2005 1300 Obdachlose in Teheran eingesammelt und in einem Sammellager untergebracht. 1056 von ihnen seien inzwischen entlassen worden. Fardin

nannte folgende Zahlen der Statistik: 650 der Obdachlosen seien drogenabhängig gewesen, 901 arbeitslos, 397 hatten Abitur und 9 einen Hochschulabschluss. 376 Obdachlose waren vorbestraft, 83 stammten aus der Provinz, 587 waren unverheiratet.

Während der ersten neun Monate 2005 hätten 32437 Obdachlose die Übernachtungsmöglichkeiten der Hauptstadt in Anspruch genommen, sagte Fardin der Nachrichtenagentur ISNA. Ferner hätten im vergangenen Jahr 64629 Personen aus der Provinz, von denen die meisten Gelegenheitsarbeiter waren, von den Übernachtungsangeboten der Stadt Gebrauch gemacht.

Urteil gegen Donald Klein bestätigt

Justizminister Djamal Karimi-Rad hat am 24. Januar ein Gefängnisurteil gegen den wegen Grenzverletzung inhaftierten Deutschen Donald Klein bestätigt. „In einem Teil des Falls wurde ein Urteil gefällt und eine Haftstrafe verhängt, aber der andere Teil wird noch untersucht“, sagte der Minister auf einer Pressekonferenz in Teheran. Er nannte keine Details, auch nicht zur Dauer der Haftstrafe.

Beobachter in Teheran vermuten, dass die Strafe wegen Grenzübertritt verhängt wurde. Im zweiten Teil gehe es um einen Spionageverdacht. Der Minister wies jeglichen Zusammenhang des Falls mit politischen Aspekten, wie etwa dem derzeitigen Atomstreit mit dem Westen, vehement zurück.

Klein hatte während seines Urlaubs in den Vereinigten Arabischen Emiraten mit einem Franzosen eine Bootstour unternommen. Dabei waren sie in iranische Hoheitsgewässer geraten, wo sie Ende November festgenommen wurden. Der Prozess fand am 5. Januar statt.

Die deutsche Botschaft stand seit der Festnahme der Männer in Kontakt mit den iranischen Behörden. Im Rahmen der konsularischen Hilfe habe es mehrere Gespräche sowie auch Haftbesuche gegeben, hieß es im Auswärtigen Amt.

Nach Angaben der Ehefrau des 52-Jährigen aus Rheinland-Pfalz ist Klein zu 18 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden.



Internetseite der BBC gesperrt

Nach Angaben des britischen Senders BBC haben Iraner seit dem 16. Januar keinen Zugang zur Internetseite des Senders. Beim Aufruf der Seite erscheint der Satz: „Lieber Teilnehmer, der Zugang zu dieser Seite ist nicht möglich.“

Wie die BBC mitteilte, wurde die persischsprachige Internetseite des Senders zuletzt 30 Millionen mal im Monat aufgerufen. Unter den fremdsprachigen Seiten sei die persische die mit den meisten Besuchern. Der BBC-Abteilungsleiter für Fremdsprachen, Nigel Chapman, erklärte, er werde sich an die iranische Regierung wenden und die Wiedermehrlassung der Seite fordern. Er fügte hinzu, die BBC sei für die iranische Bevölkerung eine weit wichtigere Nachrichtenquelle als iranische Internetseiten oder Zeitungen. Er äußerte sein Bedauern darüber, dass den Menschen in Iran, „abgesicherte Nachrichten und Informationen aus einer unabhängigen und vertrauenswürdigen Quelle“ vorenthalten werde. Noch nie sei in Iran das Verlangen nach Nachrichten und Hintergrundinformationen so hoch gewesen.

Masud Fateh, Stellvertretender Leiter der Presseabteilung des Ministeriums für Kommunikation und Informationstechnologie, erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur Kar, für die Sperrung der BBC-Seite sei das so genannte „Komitee zur Festlegung der Richtlinien für Filterung“ verantwortlich. Dieses Komitee, das sich aus Vertretern des Informationsministeriums, des Kulturministeriums und des staatlichen Rundfunks und Fernsehens zusammensetzt, soll im Auftrag des Obersten Rats für Nationale Sicherheit entscheiden, welche Internetseiten für die Gesellschaft schädlich sind und heraus gefiltert werden müssen.

Der Oberste Rat der Kulturrevolution, dem Staatspräsident Ahmadinedschad vorsitzt, hat bereits allen Internetbetreibern verboten, Texte oder Bilder zu veröffentlichen, die „sich gegen die Grundsätze des islamischen Glaubens richten, die islamische Religion und seine Heiligtümer beleidigen oder auch für Gruppen oder Parteien werben, die verboten sind“.

Das „Filterungs-Komitee“ hält sich im Hintergrund und liefert keinerlei Begründung für seine Entscheidungen.

Volksmodjahedin geben den „bewaffneten Kampf“ auf

Die Organisation der Volksmodjahedin hat in der Vergangenheit nach eigenen Angaben zahlreiche Terroranschläge in Iran verübt. Sie wurde deshalb bereits vor Jahren sowohl von den USA als auch von der EU als terroristisch eingestuft. Laut Mizan News hat die Volksmodjahedin nun den „bewaffneten Kampf“ aufgeben.

„Die Organisation der Volksmodjahedin lehnt grundsätzlich den bewaffneten Kampf ab und wird von nun an ihren Kampf auf friedlichem Weg führen. Aus diesem Grund fordert sie die zuständigen Instanzen auf, den Namen der Organisation aus der Liste der terroristischen Gruppen zu streichen“, heißt es in einer Erklärung der Volksmodjahedin.

Als kürzlich die Volksmodjahedin vor dem Weißen Haus in Washington demonstrierten und Sanktionen und militärische Maßnahme gegen Iran forderten, wurde US-Außenministerin Gondeleezza Rice gefragt, warum ihre Regierung die Volksmodjahedin nicht im Kampf gegen das Regime in Teheran einsetze. Ihre Antwort war: „Die Volksmodjahedin stehen auf der Liste der Terrororganisationen. Sie haben zahlreiche Menschen, darunter auch Amerikaner, ermordet.“



II. Wirtschaft

Iran zieht acht Milliarden Dollar aus Europa ab

Einem Bericht der arabischen Zeitung „Al-Sharh Al-Awsat“ zufolge soll Iran aus Sorge vor möglichen Sanktionen im Atomstreit beschlossen haben, Devisenkonten in Europa im Wert von acht Milliarden Dollar aufzulösen. Die Zeitung beruft sich auf einen Mitarbeiter der iranischen Zentralbank. Dieser erklärte, ausgenommen von diesem Beschluss des Hohen Nationalen Sicherheitsrats seien lediglich Irans Konten in der Schweiz.

Die Zentralbank habe den Auftrag erhalten, die staatlichen Gelder von europäischen Geldinstituten zu Banken in Hongkong, Singapur, Schanghai und Malaysia zu transferieren. Man wolle den Europäern keine Gelegenheit geben, durch ein mögliches Einfrieren der Konten Druck auf Iran auszuüben, sagte der Informant der Zeitung.

Der Generaldirektor der iranischen Zentralbank, Ebrahim Scheibani, bestätigte am 20. Januar vor Journalisten die Nachricht. „Wir werden überall, wo wir es für richtig halten, Vorbeugemaßnahmen treffen. Auch in diesem Bereich (Geldtransfer) sind wir tätig geworden“, sagte Scheibani. Auf die Frage, ob das ganze Guthaben Irans aus Europa abgezogen werden soll, sagte er: „Wir werden überall, wo es nötig sein wird, unser Guthaben transferieren.“ Die Höhe der Devisenreserven Irans im Ausland beträgt rund 20 Milliarden Dollar.

Indes erklärte der Minister für Wirtschaft und Finanzen, Danesch Djafari, eine Sperrung iranischer Konten verstoße gegen internationales Recht. Zudem würden die Europäer mit solchen Maßnahmen mehr sich selbst schaden als Iran. Sollten Irans Konten widerrechtlich eingefroren werden, würden auch andere Ölländer, die über ein beachtliches Guthaben verfügen, ihre Gelder aus Europa abziehen und bei Banken außerhalb Europas, die sicher sind, anlegen. Sanktionen würden auf jeden Fall beiden Seiten schaden, meinte der Minister, „uns, aber noch mehr den Europäern“.

Zwei Tage nach diesen Äußerungen widersprach ein Sprechen des Außenminis-

teriums dem Minister. „Wir haben bislang keine harte Währung transferiert“, sagte er.

Iran hat bereits Erfahrungen mit dem Einfrieren seiner Auslandskonten gemacht. Nach der Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger in Teheran im Jahr 1979 hatte die US-Regierung das gesamte in den USA angelegte Vermögen Irans gesperrt. Die Sperre ist bis heute nicht aufgehoben.

UBS bricht Geschäftsbeziehungen zu Iran ab

Die Schweizer Großbank UBS hat beschlossen, alle Geschäftsbeziehungen mit Kunden im Iran abzubrechen. Es handele sich um eine sorgfältig vorbereitete Entscheidung, die seit dem vergangenen Herbst umgesetzt werde, sagte UBS-Sprecher Serge Steiner zu einem Bericht der „SonntagsZeitung“ der Nachrichtenagentur AP Deutschland. Betroffen seien sämtliche Beziehungen zu Gesprächsparteien in Iran. Das heißt, dass die UBS künftig weder mit Privatleuten noch mit Unternehmen oder mit staatlichen Institutionen wie der Zentralbank im Iran Geschäfte tätigt. Alle bestehenden Geschäfte mit Kunden im Iran würden aufgelöst.

Die Maßnahme, deren Umsetzung zurzeit noch andauere, sei im Zuge der regelmäßigen internen Überprüfung der Geschäftsfelder getroffen worden, sagte Steiner weiter. Ein direkter Zusammenhang zur gegenwärtigen Atom-Diskussion bestehe nicht. Dass Iran den so genannten Bösewichtstaaten zugerechnet werde, fließe aber in die Bewertung der Länderrisiken der UBS ein. Letztlich gehe es aber um eine Frage von Aufwand und Ertrag, sagte Steiner. Ähnliche Schritte hat die UBS auch im Falle von Syrien eingeleitet, wie der Sprecher auf AP-Anfrage ergänzte.

Der Vize-Gouverneur der iranischen Zentralbank, Mohammad Djafar Modjarad, meinte, die Entscheidung der UBS sei auf Druck der US-Aktionäre erfolgt. Er betonte zugleich, dass die Kündigung nicht in Beziehung zur Atomfrage stehe. Die USA drohten mit Sanktionen gegen Unternehmen, die Geschäftsbeziehungen mit Iran unterhalten und UBS habe vor einigen Jahren angedeutet, dass die hohe Zahl ihrer US-Aktionäre Geschäfte mit Iran unmöglich machen dürfte.



Ein Sprecher der UBS erklärte dazu, die Kündigung ihrer Geschäftsbeziehungen mit Iran sei nicht auf Druck der USA beschlossen worden.

Atomkonflikt treibt den Ölpreis hoch

In den letzten Januartagen näherte sich der Ölpreis wieder der 70-Dollar Marke. Im asiatischen Handel wurde am 23. Januar für die Sorte Light Sweet Crud 69,18 pro Barrel gezahlt, siebzig Cent mehr als der Schlusskurs desselben Tages in New York. Als Gründe für den weiteren Anstieg nannten Analysten die anhaltende Sorge um die Entwicklung der Atomkrise mit Iran sowie Unruhen in Nigeria.

E.ON prüft Gaslieferungen aus Iran

Wie das „Handelsblatt“ berichtete, will E.ON-Chef Wulf Bernotat die Möglichkeit von Gaslieferungen aus Iran prüfen. „Es lässt sich nicht leugnen, dass in Iran die zweitgrößten Gasreserven der Welt liegen“, sagte der Vorstandschef von Europas größtem Energieversorger der Zeitung. Dieses Gas werde einen Markt finden. Es gebe eine Reihe von Ländern, die weniger politische Bedenken hätten als Europa oder die USA. Ob sich Projekte in Iran letztlich realisieren ließen, sei zwar unsicher: „Wir müssen aber die kommerziellen Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit zumindest ausloten.“

Eine Option sei die geplante „Nabucco-Pipeline“, die Gas aus Iran nach Europa bringen soll. „Diese Option prüfen wir“, sagte Bernotat. Spätestens nach dem Streit zwischen der Ukraine und Russland über Gaslieferungen habe auch jeder Verbraucher gespürt, dass der Zugang zu den immer knapper werdenden Ressourcen ein wichtiges Thema sei. Damit hatte dieser Streit nach den Worten von Bernotat auch seine gute Seite: „Es war ein Weckruf – und der war meiner Meinung nach richtig gut.“ Auch wenn der E.ON-Chef die Gasversorgung für Deutschland als gesichert ansieht, betonte er: „Dies hat gezeigt, dass Versorgungssicherheit keine Selbstverständlichkeit ist.“

US-Regierung friert Guthaben ein

Das US-Finanzministerium hat die Guthaben von zwei iranischen Energieunternehmen wegen mutmaßlich illegaler

Atomgeschäfte eingefroren. Die beiden Firmen Novin Energy Co. und Mesbah Energy Co. hätten die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen unterstützt, teilte die Behörde in Washington zur Begründung mit.

Demnach soll Novin Millionen von Dollar im Auftrag der iranischen Atomenergie-Behörde an Firmen überwiesen haben, die am iranischen Atomprogramm mitwirken. Mesbah soll nach Angaben der US-Behörden Teile für einen Schwerwasser-Reaktor besorgt haben. Beide Unternehmen seien im Besitz der iranischen Atomenergie-Behörde oder würden von dieser kontrolliert, hieß es.

Irans Export in den Irak steigt

Einem Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA zufolge hat Iran seit März 2005 seinen Export in den Irak beachtlich gesteigert. In diesem Zeitraum wurden, Öl und Ölprodukte ausgenommen, 747 228 Tonnen Waren im Wert von 644 595 Millionen US-Dollar im Irak abgesetzt. Das sind im Vergleich zum selben Zeitraum im Vorjahr dem Gewicht nach ein Anstieg von 35,6 Prozent und dem Wert nach ein Anstieg von 59 Prozent.

Irak ist im vergangenen Jahr der drittgrößte Importeur iranischer Waren gewesen. Zu den iranischen Exportgütern gehören unter anderem Waschpulver, Mineralwasser, Pistazien, Äpfel, Keckse, Tomatenmark, Schuhe, Zement, Klimaanlage und Motorräder.

Kaufplan für 22 Flugzeuge aus China

Der iranischen Nachrichtenagentur „Mehr“ zufolge hat die iranische Fluggesellschaft „Iran Tour“ bekannt gegeben, dass die Regierung für den Kauf von 22 Flugzeugen vom Typ MD 90 aus China 361 Millionen Dollar vorgesehen hat. An dem Kaufplan sind die Nationale Planungsorganisation, der Wirtschaftsrat, die Zentralbank, das Verkehrsministerium und das Amt für Umweltschutz beteiligt. Mansur Hakimnesh von „Iran Tour“ sagte, die Gesellschaft befinde sich in Verhandlung mit den Chinesen. Es gehe noch um die Klärung einiger Fragen wie die Sicherung der Ersatzteile und Reparaturen. Er fügte hinzu, in der ersten Phase sollen 13 Flugzeuge, die zuvor in der chinesischen Luftfahrt im Einsatz wa-



ren, geliefert werden. Einige aus China geliehene Flugzeuge vom Typ MD 90 seien im iranischen Lufttransport bereits im Einsatz.

MD 90 ist mit 172 Sitzen und einem 37 Quadratmeter großen Gepäckraum ausgestattet. Ihre Höchstgeschwindigkeit beträgt 812 Kilometer pro Stunde.

Verbot von kohlenensäurehaltigen Getränken in staatlichen Ämtern

Das iranische Gesundheitsministerium hat das Trinken von kohlenensäurehaltigen Getränken in allen Ministerien und staatlichen Ämtern verboten. Statt Selters und Co wird den Angestellten empfohlen, Buttermilch oder Obstsaft zu trinken. Weiterhin werden die Angestellten angewiesen, sich als Mitarbeiter des Staates vorbildhaft zu verhalten und statt Kuchen und andere gesundheitsschädliche Süßigkeiten frisches oder getrocknetes Obst zu essen.

Das Ministerium hat auch alle Sozial- und Schulämter dazu verpflichtet, in ärmeren Bezirken den Schülern kostenlos Milch, Datteln, Obst, Brot, Käse, Walnüsse, Linsen- und Bohneneintöpfe zukommen zu lassen.

Die Planungsorganisation wurde beauftragt, für schwangere Frauen, Kinder unter fünf Jahren und junge Mädchen vitamin- und eisenhaltige Präparate zur Verfügung zu stellen.

Das iranische Gesundheitsministerium ist der Meinung, dass kohlenensäurehaltige Getränke gesundheitsschädlich seien. Morteza Safawi, Leiter des Amtes für Fragen der Nahrung im Wirtschaftsministerium, erklärte der Nachrichtenagentur IRNA gegenüber, das Ministerium empfehle den Verzicht auf kohlenensäurehaltige Getränke. Solche Getränke hätten eine verzögernde Wirkung auf den Stoffwechsel und seien wegen ihres Zuckergehalts auch für die Zähne schädlich. Safawis Angaben zufolge werden zurzeit im Iran im Durchschnitt pro Kopf 43 Liter kohlenensäurehaltige Getränke getrunken.

DIHK rechnet mit Export-Einbrüchen

Nach Angaben von Jochen Klausnitzer, der im Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) das Referat für den Nahen und Mittleren Osten leitet, rechnet die deutsche Wirtschaft in

diesem Jahr mit einem spürbaren Rückgang des Exports nach Iran. „Für 2006 gehen wir von einem deutlichen Einbruch bei den deutschen Exporten aus“, sagte Klausnitzer in Berlin der Nachrichtenagentur Reuters. Derzeit tausche der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad die Eliten in den Ministerien und Staatsunternehmen aus. Dementsprechend würden kaum Aufträge vergeben. „Bei der jetzigen politischen Lage wird das Geschäft für deutsche Unternehmer zudem mittel- und langfristig uninteressanter“. Der DIHK befürchte, dass durch UN-Wirtschaftssanktionen die iranische Bevölkerung und die iranische Regierung zusammengeschweißt würden. Der Fall des Irak habe gezeigt, dass Wirtschaftssanktionen wirkungslos seien.

Deutschland hat DIHK zufolge im Jahr 2004 Waren im Wert von 3,6 Milliarden Euro nach Iran geliefert.



III. Außenpolitik

Atomstreit - Eskalation, militärische Drohungen, Sanktionsvorschläge, Verhandlungsangebote - Ratlosigkeit

Die Eskalation im Streit um das iranische Atomprogramm hat an Schärfe zugenommen. Am 22. Januar drohte Israels Verteidigungsminister Schaul Mofas mit einem Militärschlag gegen Iran. Sollten die diplomatischen Bemühungen fehlschlagen, würde Israel, um sich selbst vor Gefahren zu schützen, auf eigene Faust den Iran zur Aufgabe seines Programms zwingen, sagte der im Iran geborene Minister. An den iranischen Präsidenten gerichtet, sagte Mofas: „Sie führen Ihr Land mit einer Ideologie aus Hass, Schrecken und Antisemitismus.“ Er, Ahmadinedschad sollte besser einen Blick in die Geschichte werfen, um festzustellen, „was mit Tyrannen wie Ihnen passiert, die versuchen, das jüdische Volk auszulöschen: Sie haben nur Zerstörung über ihr eigenes Volk gebracht“.

Die Äußerungen des israelischen Verteidigungsministers bestätigen noch einmal die bereits durch die Presse bekannt gewordenen Pläne Israels, im „Ernstfall“ iranische Atomanlagen zu bombardieren. Damit wurde die in den letzten Wochen aufgebaute Drohkulisse gegen Iran weiter ausgebaut. Bereits zuvor hatte Frankreichs Präsident Jacques Chirac indirekt Iran mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht. Auch der französische Generalstabschef Henri Bentégeat warf Iran vor, „äußerst kriegerische Absichten“ zu bekunden. Einige Staaten, unter anderem Iran und Nordkorea, hätten damit begonnen, sich mit Massenvernichtungswaffen auszurüsten, „mit Langstreckenraketen, die atomare, chemische oder biologische Köpfe tragen können.“

Die USA und das EU-Trio Deutschland Frankreich, Großbritannien drängen darauf, im iranischen Atomstreit den UN-Sicherheitsrat einzuschalten. Die drei EU-Staaten haben für die Dringlichkeitssitzung der Internationalen Atombehörde (IAEA) am 2. Februar in Wien eine Resolution vorbereitet, in der sie IAEA-Generaldirektor El Baradei auffordern, die Akte Irans an den Weltsicherheitsrat zu überweisen. Überraschend haben China und Russland dieser Vorgehensweise bei einem Treffen mit den Außenministern der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der

Bundesrepublik am 31. Januar in London zugestimmt. Allerdings wird in der gemeinsam verabschiedeten Erklärung nicht von der unmittelbaren Einschaltung des Sicherheitsrats gesprochen. Die Atombehörde solle zunächst den Sicherheitsrat „unterrichten“. Außerdem sollen bis zur nächsten regulären Sitzung der IAEA am 6. März, bei der der IAEA-Generalsekretär seinen Bericht über das iranische Atomwaffenprogramm vorlegen wird, keine Schritte gegen Iran unternommen werden. Damit soll Iran die Chance gegeben werden, seine Position zu korrigieren. Iran hingegen hat erklärt, an seinem Recht, den atomaren Brennstoff im eigenen Land herzustellen, weiterhin festhalten zu wollen. Sollte die IAEA die Einschaltung des Sicherheitsrats beschließen, werde Teheran, wie bereits im vergangenen November vom Parlament beschlossen, das unterschriebene Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag kündigen und unangemeldete Kontrollen seiner Atomanlagen nicht mehr zulassen. Zudem werde man die Urananreicherung wieder voll aufnehmen.

Russland hofft immer noch durch den Vorschlag, den atomaren Brennstoff gemeinsam mit Iran in Russland zu produzieren, den Streit beilegen zu können. Iran hat den Vorschlag bislang nicht abgelehnt, wohl aber betont, dass selbst eine Zustimmung das Land nicht davon abhalten würde, im eigenen Land Uran anzureichern und die Nukleartechnologie weiterzuentwickeln. Auf dieses Recht werde man unter keinen Umständen verzichten, hieß es aus Teheran. Irans Atomunterhändler Ali Laridjani sagte nach einer Stippvisite am 25. Januar in Moskau, der russische Vorschlag sei „eine positive Entwicklung“. Es seien aber Einzelheiten zu klären. Am 16. Februar sollen die Verhandlungen über den russischen Vorschlag in Moskau fortgesetzt werden.

US-Präsident George W. Bush hat sich hinter den russischen Vorschlag gestellt. Es könnte eine akzeptable Alternative sein, wenn das für Iran bestimmte Atommaterial in Russland hergestellt, unter Aufsicht von Inspektoren der IAEA nach Iran geliefert und der Atom Müll dann wieder nach Russland gebracht würde, sagte Bush am 27. Januar in Washington. „Ich denke, das ist ein guter Plan.“ Dennoch drängt die US-Regierung darauf, unabhängig vom Ausgang der Verhandlungen zwischen Teheran und Moskau, den UN-Sicherheitsrat einzuschalten. „Wir



glauben, dass es jetzt Zeit ist, das Thema Iran an den Weltsicherheitsrat zu überweisen", sagte der Sprecher des US-Außenministeriums Sean McCormack. Zuvor hatte bereits US-Außenministerin Condoleezza Rice betont, dass es „kaum noch Platz für weitere Diskussionen" mit Iran gebe.

Demgegenüber erklärte Chinas Außenminister Li Zhaoxing bei einem Treffen mit Laridjani in Peking am 26. Januar: „Wir sind entschieden gegen Sanktionen oder Sanktionsdrohungen. Das wird die Sache nur komplizierter machen." Den russischen Vorschlag bezeichnete er als „guten Versuch, den Stillstand der Verhandlungen zu beenden."

Sollte der russische Vermittlungsvorschlag scheitern und es unter dem Druck des Westens gelingen, China und Russland soweit zu bringen, dass sie sich im Weltsicherheitsrat zumindest der Stimme enthalten und gegen Sanktionsbeschlüsse kein Veto einlegen, bliebe immer noch die Frage, welche Maßnahmen die anderen Ratsmitglieder treffen könnten, um Iran zum Nachgeben zu zwingen. Zu den bisherigen Vorschlägen gehören neben etwaigen militärischen Maßnahmen umfassende Wirtschaftssanktionen, Ölembargo, Sperrung iranischer Konten im Ausland, Einreiseverbot für iranische Politiker und Wissenschaftler und der Ausschluss der iranischen Nationalmannschaft von den Fußballweltmeisterschaften. Doch alle diese Maßnahmen sind höchst umstritten, denn Wirtschaftssanktionen gegen den viertgrößten Ölproduzenten der Welt würde zumindest für Europa eher ein Eigentor bedeuten. Iran könnte, wie bereits angedroht, den Ölhahn zu drehen und auch noch versuchen, die Straße von Hormuz am Ausgang des Persischen Golfs für Öltransporter zu sperren. Die Folge wäre eine schwere Ölkrise und enormer Anstieg des Ölpreises.

Bezüglich des Vorschlags, iranische Konten im Ausland zu sperren, hat Teheran bereits Vorsorge getroffen. Mitte Januar sollen acht Milliarden iranisches Guthaben aus Europa in ostasiatische Länder transferiert worden sein. Ohnehin war der radikale Islamist Ahmadinedschad mit der Parole angetreten: Weg vom Westen, hin zum Osten, was für mehrere EU-Staaten, die mit dem siebzig Millionen Einwohner zählenden Land lukrative Geschäfte betreiben, hohe Verluste bringen würde.

Ein Einreiseverbot für ranghohe iranische Politiker würde zumindest Radikale vom Schlage Ahmadinedschad unberührt lassen. Denn mit Ausnahme von wenigen Ländern wie Syrien oder Nordkorea würde zurzeit wohl kein Land bereit sein, den iranischen Scharfmacher als Staatsgast zu empfangen. Ebenso würde ein Ausschluss der iranischen Nationalmannschaft aus den Fußballweltmeisterschaften die Radikalslawisten kalt lassen. Für die iranische Bevölkerung allerdings, die am Fußball großen Spaß hat und lieber zum Fußballstadion geht als zum Freitagsgebet, wäre die Ausgrenzung eine tief schmerzende Enttäuschung.

Die Dringlichkeitssitzung hat am 2. Februar stattgefunden. Bis zum Redaktionsschluss wurde noch kein Beschluss gefasst. Man hofft, am 3. oder spätestens 4. Februar eine Mehrheit der 35 Mitglieder des IAEA-Gouverneursrats für den Resolutionsentwurf der EU gewinnen zu können.

Parlamentsabgeordnete kritisieren die Außenpolitik

Nach einem Bericht des Außenministers Manuchehr Mottaki vor dem Ausschuss für nationale Sicherheit haben mehrere Abgeordnete die Außenpolitik des Landes kritisiert. Ausschussmitglied Mahmud Mohammadi sagte nach der Sitzung, die Mitglieder seien mit dem Bericht des Außenministers nicht zufrieden gewesen. In der Außenpolitik sei kein klares Konzept sichtbar, es gebe keine zielgerichtete Strategie. Er kritisierte die Umbesetzung zahlreicher Botschafterposten. „Botschafter haben eine wichtige Funktion, sie müssen die Interessen ihres Landes vertreten. Dafür benötigen sie ausreichende Sachkenntnisse in der Diplomatie, Wirtschaft, Handel, Kultur und dergleichen mehr", sagte Mohammadi. „Wir brauchen Profis".

Mohammadis Kritik richtete sich auch gegen die „Einseitigkeit" der iranischen Außenpolitik. Es habe wenig Sinn, sich auf Staaten zu konzentrieren, die international nicht so eine große Rolle spielen. Iran müsse zu allen Staaten freundschaftliche Beziehungen pflegen und dabei vernünftig und kompromissbereit vorgehen.

Der Außenminister sei für die Außenpolitik des Landes verantwortlich muss



dem Parlament gegenüber Rede und Antwort stehen, sagte Mohammadi. Dies gelte auch für die Verhandlungen über das iranische Atomprogramm.

Auch Ausschussmitglied Kazem Djalali beschwerte sich darüber, dass das Parlament nicht über die Atomverhandlungen informiert werde. „Das Parlament hat über Atomverhandlungen keine Informationen“, sagte er. Bezogen auf diese Äußerung erklärte Vizepräsident Mohammad Reza Bahonar: „Es gibt im Parlament Abgeordnete, die täglich und sofort über den Stand der Verhandlungen informiert werden. Die Öffentlichkeit wird aber erst dann informiert, wenn Ergebnisse vorliegen. Wir warten nun auf das Ende der Verhandlungen. Dann werden wir sowohl den Abgeordneten als auch der Presse die Ergebnisse mitteilen. Das Parlament führt Aufsicht über die allgemeinen Richtlinien der Politik und beschäftigt sich nicht mit Einzelheiten.“

Staatsbesuch in Syrien

Zum Abschluss seines zweitägigen Staatsbesuchs in Syrien sagte Irans Staatspräsident Ahmadinedschad, er habe mit der syrischen Staatsführung über verschiedene Fragen der Politik, Wirtschaft und Kultur Gespräche geführt. Die Ergebnisse seines Besuchs bezeichnete er als „sehr nützlich“. Wichtig seien vor allem die Gespräche über Irak, Palästina und Libanon gewesen. Beide Staaten seien sich über ein freies Palästina und die Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge einig gewesen. Syrien habe bei den Gesprächen die Position Irans im Atomkonflikt voll unterstützt. Beide Staaten hätten ihren Willen zur engen Kooperation bekräftigt und jegliche Einflussnahme des Westens auf ihre Politik zurückgewiesen. Beide Länder hätten eine „vereinigte Front gegen Arroganz und Dominanz“ gebildet.

Während seines Besuchs traf Ahmadinedschad auch mit Vertretern der palästinensischen Organisationen Hamas und Islamischer Dschihad zusammen. Diese Zusammenkunft galt angesichts des Mordanschlags in Tel Aviv, der sich einen Tag zuvor ereignet hatte, als besonders brisant. Israel hatte Iran und Syrien vorgeworfen, in den Anschlag verwickelt gewesen zu sein. Israels Verteidigungsminister Schaul Mofas sagte: „Das Attentat wurde von Teheran finanziert, von Syrien geplant

und von den Palästinensern ausgeführt.“ Iran und Syrien haben den Vorwurf zurückgewiesen. Die Verantwortung für den Anschlag, bei dem 19 Menschen verletzt wurden, hat die Organisation Islamischer Dschihad übernommen.

In einer gemeinsamen Abschlusserklärung bekräftigten beide Länder das Recht auf eine Entwicklung der Atomkraft zu friedlichen Zwecken. Die Kritik daran verwarfen sie als „einseitig und doppelzügig“. Des Weiteren forderten sie den „Abzug der Besatzungsmächte“ aus dem Irak.

Bald Direktflüge in die USA

Wie die Nachrichtenagentur „Mehr“ berichtet, hat die iranische Regierung beschlossen, Direktflüge zwischen Iran und den USA einzurichten. Diese Entscheidung gehe auf eine Initiative des Regierungschefs Ahmadinedschad zurück, der dadurch die Reisemöglichkeit für Iraner, die sich in Amerika aufhalten, erleichtern wolle.

Reza Djafarzadeh, Pressesprecher der Zivilluftfahrtbehörde, sagte, Staatspräsident Ahmadinedschad habe sich während seines Besuchs in New York zur Teilnahme an der UN-Vollversammlung auch mit Landsleuten getroffen. Diese hätten an ihn den Wunsch herangetragen, Direktflüge zwischen Iran und Amerika einzurichten. „Dieser Wunsch war legitim. Der Staatspräsident hat eine entsprechende Anweisung erteilt“, sagte Djafarzadeh und fügte hinzu, Direktflüge seien selbstverständlich auch für Geschäftsreisende vom Vorteil. In den USA leben fast drei Millionen Iraner.

Man habe bereits eine Anfrage an die US-Kollegen gerichtet, sagte Djafarzadeh. Die Antwort stehe noch aus. Der Sprecher betonte, bei dem Beschluss hätten politische Gründe keine Rolle gespielt. Kurz nach der Revolution von 1979 wurden die Direktflüge zwischen Iran und den USA eingestellt.